

Bürger sehen Politik in der Pflicht Dauernde Preissteigerungen nicht hinnehmbar

Stromversorgung ist ein Grundrecht

Gastkommentar



Immer weniger Menschen können ihre Stromrechnung bezahlen. Besonders

für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen ist es zunehmend ein Problem. Während die Energiekonzerne Milliarden Gewinne einfahren, hat sich der Preis für den Haushaltsstrom seit dem Jahr 2000 von 14 Cent auf inzwischen fast 30 Cent mehr als verdoppelt hat.

Darunter leiden besonders ärmere Haushalte. Auch wenn der Strompreis für alle Haushalte steigt, ist die Verteilung noch lange nicht gerecht. Geringverdiener müssen häufig mehr als 10 Prozent für die monatliche Stromrechnung aufwenden. Tendenz steigend. Im derzeitigen ALG-II-Regelsatz sind derzeit für einen Singlehaushalt für Strom

32 Euro vorgesehen, während die durchschnittlichen Stromkosten bei 42 Euro liegen. Anstatt endlich die Regelsätze deutlich zu erhöhen, entlastet die Bundesregierung die energieintensive Industrie jährlich mit 16 Milliarden ungerechtfertigten Rabatten.

Von der Bundesregierung ist nichts zu erwarten. Die sogenannte Strompreisbremse von Umweltminister Altmaier ist wirkungslos verpufft. Dabei gibt es viele Möglichkeiten, weitere Strompreisexplosionen zu verhindern. Die Vorschläge der LINKE liegen seit langem auf dem Tisch und müssen nur umgesetzt werden. Die Stromsteuer, auch „Öko-Steuer“ genannt, könnte sofort gesenkt werden, die unberechtigten Rabatte abgeschafft und die Willkür bei der Preisbildung durch eine effektive Aufsicht unterbunden werden. Doch der Wille die Energiewende sozial zu gestalten, fehlt der Bundesregierung.

Caren Lay,
verbraucherpolitische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Manchmal geht es nur um kleine Summen. Es sind nicht nur die großen Milliarden aus der Eurokrise, welche die Menschen bewegen. Es sind auch die kleinen, aber merklichen Erhöhungen bei Strom, Gas und ÖPNV, welche immer größere Löcher in die Geldbörsen der Bürger und Bürgerinnen schneiden. Diese Tarife werden aber von der Politik maßgeblich mitgestaltet und sind

dem Gesetz von Angebot und Nachfrage nur zum Teil ausgesetzt.

Aus diesem Grund hatten sich die Linksfraktionen aus Aachener Stadtrat und Städteregionstag entschlossen, das Thema steigender Preise für Energie und Mobilität zu problematisieren. Das Instrument dafür war eine sogenannte Bodenzeitung.

Fortsetzung Seite 3



„Bürgerversicherung“ als Lösung?

In ihrem Wahlprogramm versucht die SPD Forderungen aus der Gesellschaft nach sozialer Gerechtigkeit aufzunehmen, indem sie für Sozialabbau neue Worte verwendet. „Bürgerversicherung“ ist beispielsweise das neue Wort für Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung: „Solidarischer Wettbewerbsrahmen für Gesundheit und Pflege in der Bürgerversicherung“ heißt es da. Auch die Grünen erzählen in ihrem Wahlprogramm von einer Bürgerversicherung, bei der die Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung mit der Privatversicherung in Wettbewerb treten soll. Den gesetzlich festgelegten Ein-

heitsbeitragssatz in der Krankenversicherung wollen sie abschaffen.

Die Wortkombination "Solidarischer Wettbewerb" verdeckt die dahinter liegenden Absichten! "Solidarischer Wettbewerb" ist genauso absurd wie "feuriges Wasser" oder „friedensstiftende Bomben“. „Wir haben das noch nicht gut genug überbracht“, ist die gängige Formel des Parteienblocks CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne. Die Parteipropagandisten geben dem Publikum Mist zu fressen und sagen 'ja das ist doch köstlich'. Sie klauen der Allgemeinheit die Renten, ersetzen Status sicheres Arbeitslosengeld durch Hartz IV und sagen, 'das ist doch gut für euch'. *Fortsetzung Seite 4*

Soziale Arbeit und soziale Politik bedingen einander!

Das ist die Ansicht der Gründungsmitglieder des neuen freien sozialen Trägers "Roter Kaktus". Daher rührt sicherlich auch das große Engagement der Initiatoren. Am 20. Juni lud Albert Borchardt, Ratsmitglied in Eschweiler für Die Linke, im Eschweiler Talbahnhof zur Vorstellung den neuen freien Trägers im sozialen Bereich "Roter Kaktus Deutschland e.V." ein.

Anprechpartner des Vereins sind Albert Borchardt, Andreas Dittrich und André Schulze. Schon lange war es das Anliegen der Protagonisten, daran mitzuwirken, wieder mehr in die Zukunft unserer Gesellschaft zu investieren, denn unsere Kinder sind unsere Zukunft. Nun sind auf jeden Fall schon einmal die formellen Hürden genommen. Jetzt heißt es, das Vorhaben auch finanziell auf stabile Füße zu stellen.

Soziale Arbeit und soziale Politik bedingen einander und haben den Auftrag, der sozialen Deklassierung von Teilen der Bevölkerung entgegen zu wirken, so Albert Borchardt. Schließlich gehört es zu den Aufgaben einer sozialen Politik, dass sie sich konkret um fehlende Ressourcen kümmert und die notwendigen existenziellen Lebensgrundlagen schafft. Die soziale Arbeit ist direkt und unmittelbar mit der massiv zunehmenden sozialen Ungleichheit mit Phänomenen wie Armut, Arbeitslosigkeit, gesellschaftlicher Ausgrenzung und deren Folgen verbunden.

Der Rote Kaktus Deutschland e.V. will mit entsprechend qualifiziertem Personal den Menschen helfen, denen droht, durch dieses soziale Raster zu fallen. Sie sollen darin unterstützt werden, ihre aktuelle Situation einzuordnen, ihre Fähigkeiten zu erkennen und ihr Selbstbewusstsein wiederzuerlangen, um sich letztendlich wieder aus eigener Kraft zu helfen. Effektive Beziehungsarbeit, Beratungs- und Bildungsarbeit sowie Soziotherapie werden dabei die maßgeblichen Werkzeuge sein.

Vornehmlich soll der Verein im Jugendhilfebereich tätig werden. Hier betont Andreas Dittrich, der auf langjährige Erfahrungen als Dipl.-Sozialarbeiter zurück blicken kann, dass sich in den letzten Jahren der soziale Zustand vieler junger Menschen dramatisch verschlechtert hat. Die Gesellschaft scheint unsere Jugend zu vernachlässigen. Hier wird der soziale Träger beispielsweise in sozialpädagogischer Einzel- und Intensivbetreuung, Familienhilfe, betreutes Wohnen oder auch in der Straffälligenbetreuung tätig werden.

Der Verein Roter Kaktus Deutschland e.V. ist dankbar über eine vielfältige Unterstützung unserer Leser.

Mehr unter: www.r-k-d.org

Gastbeitrag
Gabi Halili, Stolberg

Impressum:

WIR in der Städteregion
Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

e-mail:
wir-redaktion@dielinke-aachen.de
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

Redaktion
Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),
Robert Boltz, Albert Borchardt,
Hans Janosch, Marika Jungblut,
Anja Linz, Dirk Makowski,
Andreas Müller

Layout
Andreas Becker, Albert Borchardt

Fotos:
www.pixelio.de, wikimedia commons,
Archiv Linksfaktionen AC, Archiv KV
Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE
NRW

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Druck
Euregio Druck GmbH, Aachen
Auflage
25.000

Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen.
Ihr seid toll.

Nächste Ausgabe:
Redaktionsschluss August 2013
Ausgabe: September/Oktober 2013

Interview

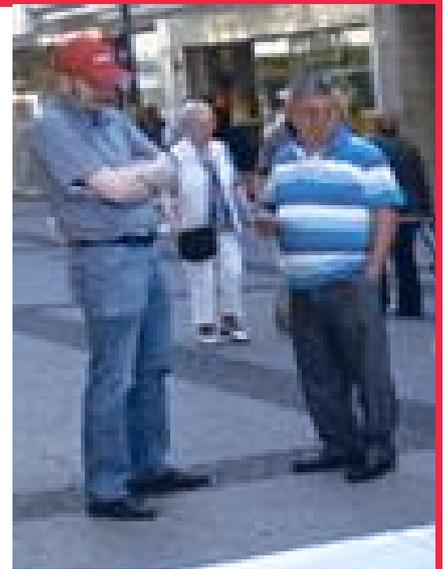
Harald Siepmann (H.) ist seit März 2012 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag Aachen und gehört dem Gremium seit seiner Gründung im Oktober 2009 an. Mit ihm sprach die WIR-Redaktion(R.) über Preissteigerung bei Bus und Bahn und die Vision eines entgeltfreien öffentlichen Nahverkehrs:

R.: DIE LINKE fordert günstigere Tarife für Bus und Bahn? Ist das überhaupt finanzierbar?

H: Fakt ist, dass der Öffentliche Personennahverkehr in Deutschland – und das gilt natürlich auch für die Städteregion – nie kostendeckend betrieben worden ist. Neben der Einnahmen aus dem Ticketverkauf müssen die Kommunen jährlich zweistellige Millionensummen zuschießen. Außerdem gibt es noch Gelder vom Land. Die bisherige Preispolitik des Aachener Verkehrsverbunds bedeutete jährliche Steigerungen von 3-4%, vom Einzelfahrschein bis zu den diversen Zeitfahrtscheinen. Die Aussetzung der Fahrpreiserhöhungen für einige Jahre würde nicht den Ruin der Verkehrsbetriebe bedeuten, auch wenn wir wissen, dass deren Kosten von Jahr zu Jahr steigen. Die Politik müsste dann bereit sein, die höhere Defizite zu übernehmen.

R.: Welche Ziele verfolgt Ihr mit Eurer Forderung nach einem preiswerteren ÖPNV?

H: Wir sind uns wohl einig, dass der Modal Split, d.h. das anteilige Aufkommen der einzelnen Verkehrsträger, geändert werden muss zuungunsten des Motorisierten Individualverkehrs. Dies bedeutet für uns alle eine bessere Lebensqualität – weniger Abgase, weniger Lärm, weniger Flächenverbrauch durch PKWs. Wichtig ist deshalb der Umstieg vom PKW in Bus und Bahn. Es bringt wenig, wenn nur die bisherigen Fußgänger oder Fahrradfahrer den ÖPNV benutzen. Den Umstieg schafft man einerseits über den Preis, also niedrigere Ticketpreise, aber natürlich auch



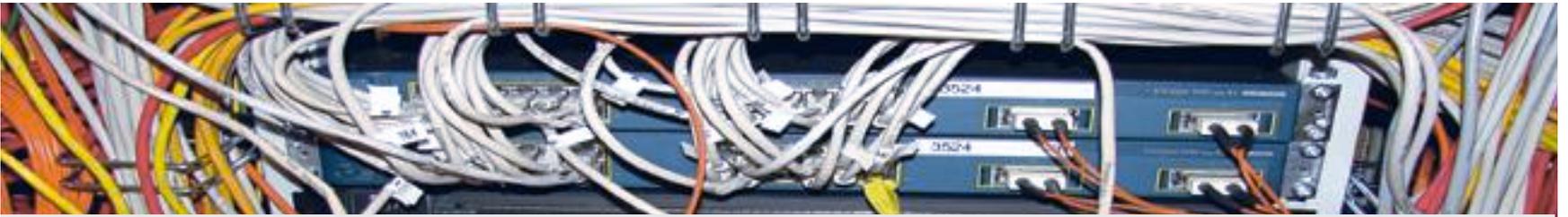
Harald Siepmann im Gespräch mit Bürgern

über ein besseres Angebot (mehr Busse auch abends und am Wochenende, etc.). Der Preis spielt eine wichtige, aber nicht die einzige Rolle.

R.: Wie realistisch ist ein fahrscheinloser bzw. entgeltfreier Nahverkehr?

H.: Beispiele aus dem EU-Ausland zeigen, dass ein entgeltfreier Nahverkehr keine Science Fiction sein muss, siehe Tallinn (Estland), Aubagne (Frankreich) oder Hasselt (Belgien). OK, da wird es den bisherigen Gratisverkehr bald nicht mehr geben. Aber ohne die weltweit bestaunte Einführung der entgeltfreien Busse bei gleichzeitigem massiven Ausbau des Angebots Mitte der neunziger Jahre hätte Hasselt die Wiederbelebung seiner Innenstadt nie geschafft. Und die Fahrtgastzuwächse waren beachtlich. Einen etwas anderen Weg will Tübingen gehen. Dort soll das Busfahren in Zukunft ticketlos erfolgen. Die EinwohnerInnen brauchen keinen Fahrschein mehr zu erwerben, sondern zahlen monatlich einen recht geringen Beitrag unabhängig davon, ob sie den ÖPNV nutzen oder nicht.

Hardcore-Autofahrer mögen sich dann vielleicht ärgern, aber für viele Bevölkerungsgruppen wird es deutlich kostengünstiger. Auch für die Städteregion ist so etwas vorstellbar, hängt aber in erster Linie vom Willen der Politik, aber auch vom Einsatz der Bevölkerung ab. Denn wir wissen ja: Manchmal hilft nur Druck von unten.



Bundesregierung misst bei Grundrechten mit zweierlei Maß

Auch in der Städteregion Aachen müssen wir davon ausgehen, flächendeckend ausespioniert zu werden.

Die Redaktion freut sich daher über eine aktuelle Bundestagsanfrage zu Thema.

"Wird die Bevölkerung überwacht, ist für die Bundesregierung alles o.k.: Das lässt sich mit einem harmlosen Fragenkatalog klären. Wird aber die Kanzlerin überwacht, stellt man sich auf die Hinterbeine. Das Messen mit zweierlei Maß, wie es die Bundesregierung hier praktiziert, ist empörend", sagt Jan Korte, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE, zur Entrüstung der Bundesregierung über das Ausmaß der Überwachung durch die USA. Korte weiter:

"Wenn man den Verlautbarungen des Regierungssprechers folgt, überwacht man seine Freunde und nicht. Da drängt sich die Frage auf, ob man mit der Fluggast- und Bankdatenspeicherung, der von Union und SPD immer noch gewollten Vorratsdatenspeicherung oder dem Ausspähprogramm des BND nur Feinde überwacht. Dass die Bundesregierung ihren Bürgern nicht unbedingt nah ist, ist keine Neuigkeit, dass sie diese jedoch als Feinde empfindet, schon. Wenn es hier einen politischen Ausweg für die Bundesregierung geben sollte, wäre es ein bedingungsloses und praktisches Bekenntnis zu den in unserer Verfassung garantierten Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger."

Stefan Liebich, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA, ergänzt:

"Die Überwachung durch Sicherheitsbehörden und Geheimdienste hat nicht nur den internationalen Beziehungen geschadet, sie schadet auch der Demokratie. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, die richtigen Schlussfolgerungen aus dem Skandal zu ziehen: Sie muss Edward Snowden zur 'Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland' in der BRD aufnehmen, wie es das Aufenthaltsgesetz ermöglicht und wie wir es schon seit fast einem Monat fordern. Das wäre ein deutliches Zeichen der Bundesregierung, dass sie es ernst meint mit ihrer Empörung. Ferner muss

die Bundesregierung für bedingungslose Aufklärung über das eigene Wissen zu ausländischen Aktivitäten sowie zum Ausmaß der eigenen Überwachungsprogramme sorgen, und zwar nicht in geheim tagenden Gremien, sondern öffentlich und lückenlos. Darüber hinaus muss sie mit gutem Beispiel vorangehen und das Überwachungsprogramm des BND auflösen, das anlasslose Sammeln und Weitergeben von Bürgerdaten einstellen und sich endgültig von der Vorratsdatenspeicherung verabschieden. Auf internationaler Ebene muss sich die Bundesregierung für eine zügige Abrüstung bei der Überwachung einsetzen."

Pressemitteilung - 02.07.2013

Jan Korte, Stefan Liebich,
Bundestagsfraktion DIE LINKE

Fortsetzung von Seite 1

Bürger sehen Politik in der Pflicht

Dauernde Preissteigerungen nicht hinnehmbar



Mit Tapete, Folie und Markern bewaffnet begab man sich an einem schönen Samstagmorgen in die Aachener Fußgängerzone. Das Ergebnis der befragten BürgerInnen war eindeutig: Die große Mehrheit sieht die Politik in der Pflicht, gegen die in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegenen Tarife für Strom bzw. Bus/Bahn vorzugehen.

Für den Aachener Fraktionsvorsitzenden Andreas Müller ist die Sache klar: „Die Politik vor Ort muss Druck auf die regionalen Versorger ausüben, damit diese neue Tarife, wie z.B. einen Sozialtarif für Transferleistungsempfänger anbieten. Denn die Preiserhöhungen bei Strom in

den letzten Jahren sind deutlich höher als die bescheidenen Anpassungen bei Hartz IV“. Harald Siepmann, Vorsitzender der Linken im Städteregionstag sieht auch Handlungsbedarf bei Bus und Bahn: „Ein verstärktes Umsteigen vom PKW in Bus und Bahn kann es nur durch ein besseres Angebot geben. Dazu gehört auch eine Abkehr von den regelmäßigen Tarifierhöhungen in einer Spanne zwischen 3 und 4% pro Jahr.“ Uwe F. Löhr, ebenfalls Städteregionstag, ergänzt: „Die Reaktionen der Leute zeigen deutlich: Viele sind verärgert über das Verhalten der regionalen Unternehmen. Die Stawag z.B. betreibt massives Event-Sponsoring, möchte aber keinen Sozialtarif.“

Für alle Beteiligten war nach der Aktion klar. Es ist wichtig, den Leuten am Puls zu fühlen und auch den vermeintlich kleinen Problemen nachzugehen.



Die LINKE in der Aachener Fußgängerzone

Denn diese können große Auswirkungen haben. Die immer noch beträchtliche Zahl an Stromsperrern belegt dies deutlich.

Harald Siepmann,
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Städteregionstag

Fortsetzung von Seite 1

„Bürgerversicherung“ als Lösung? Augen auf bei der Bundestagswahl!



So wie sie che Krankenkassen zu Geldeintrei-
positive ibern für Investoren der
Be- Finanzwirtschaft, Pharmaindustrie,
griffe wie Medizin-Gerätehersteller, Versiche-
Mietober- rungskonzerne, private Klinik-
grenze, ketten.
Mindest-
löhne, Ban- DIE LINKE kämpft gegen den Aus-
kenregulier verkauf der Gesetzlichen Kranken-
ung, Be- und Pflegeversicherung und für We-
kämpfung des Steuerbetrugs mit So- ge aus dem wirtschaftlichen Wettbe-
zialabbau in ihre „Reformkonzepte“ werb in allen Bereichen der
integrieren, tun sie dies auch mit ihr staatlichen Daseinsvorsorge. Als
rer „Bürgerversicherung“ und bewir- einzige wirkliche Opposition im Bun-
ken damit das Gegenteil einer den destag tritt DIE LINKE stets ent-
Bürger_innen dienenden Reform. schieden für die Interessen der
Mehrheit der Bevölkerung ein.

Die schrittweise Abschaffung der auf Solidarität begründeten gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sichert schon jetzt Profite der Privatwirtschaft und macht gesetzli-

che Krankenkassen zu Geldeintreibern für Investoren der Finanzwirtschaft, Pharmaindustrie, Medizin-Gerätehersteller, Versicherungskonzerne, private Klinikketten.
DIE LINKE kämpft gegen den Ausverkauf der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung und für Wege aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb in allen Bereichen der staatlichen Daseinsvorsorge. Als einzige wirkliche Opposition im Bundestag tritt DIE LINKE stets entschieden für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ein.

Helga Ebel,

Mitglied des Vorstands DIE LINKE.NRW



Chris Beck / pixelio.de

Aus dem Bundestagswahlprogramm DIE LINKE, Mai 2013:

- ◆ Jegliche Zuzahlungen und Zusatzbeiträge für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte oder Heil- und Hilfsmittel müssen abgeschafft werden.
- ◆ DIE LINKE streitet für eine verbindliche und bundesweit einheitliche Personalbemessung um den Mangel an Personal in Krankenhäusern, Pflegeheimen, in der ambulanten Versorgung und der häuslichen Pflege zu beseitigen.
- ◆ Gesundheitsförderung und Prävention müssen dazu beitragen, die sozialen Ursachen Krankheiten zu verringern. Wir fordern hierfür ein Präventionsgesetz.
- ◆ Um eine gute Versorgung für alle zu gewährleisten, braucht es eine solidarische Gesundheitsversicherung: eine Krankenkasse für alle in die alle Menschen, die in Deutschland leben entsprechend ihres Einkommens einzahlen.
- ◆ Die private Vollversicherung ist damit überflüssig und wird abgeschafft. Die private Krankenversicherung wird auf Zusatzleistungen beschränkt. Beschäftigten der Versicherungsunternehmen ein sozial verträglicher Übergang in die gesetzlichen Krankenkassen ermöglicht.
- ◆ Bei Einkommen aus Löhnen, Gehältern und Besoldungen zahlt der Arbeitgeber/ „Dienstherr“ paritätisch die Hälfte der Beiträge.

KONSEQUENT SOZIAL

DIE LINKE hilft bei Anträgen, liest Bescheide und begleitet Sie bei ihrem Weg ins Jobcenter. Wir bieten außerdem Infos zu Regelsatz und Mehrbedarf, Miete, Zwangsumzug und Renovierung, Eingliederungsmaßnahmen und Ein-Euro-Jobs.

Hartz-IV-Treff

Mittwochs, 15 bis 17 Uhr
Linkes Zentrum Aachen
Augustastr. 69

LINKE Sozialsprechstunde

immer am 2. und 4. Mittwoch im
Monat, 17 bis 19 Uhr
Linkes Zentrum Aachen
Augustastr. 69
im Auftrag von MdB Andrej Hunko

LINKE Sozialsprechstunde

immer am 3. Montag im Monat,
15.30 bis 18 Uhr
Rathaus Eschweiler, Raum 13
Johannes-Rau-Platz 1
im Auftrag von Ratsmitglied Albert Borchardt



Frühstück für alle! - ... und keiner is(s)t allein

Frühstück im linken Zentrum Aachen,
jeweils am letzten Sonntag des Monats von 10 bis 13 Uhr

In lockerer Atmosphäre können Gespräche mit Gleichgesinnten geführt werden oder im konkreten Austausch mit Kommunal- und Bundespolitikern das Gespräch gesucht werden.



Linke fordert Veröffentlichung von Bezügen im Geschäftsbericht der enwor GmbH

Für die Sitzung des Städteregionstags am 18.07.2013 wird die Fraktion DIE LINKE beantragen, der Städteregionstag möge beschließen, dass die Vertreter der Gesellschafterversammlung der enwor GmbH bei nächster Gelegenheit die Voraussetzungen dafür schaffen, künftig als Anlage zum Geschäftsbericht die Bezüge der Geschäftsführung, der Beiräte und der Aufsichtsräte zu veröffentlichen.

Der Geschäftsbericht der enwor GmbH enthält weder Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer noch zu denen der Aufsichtsräte und Beiräte. Eine Anfrage der Fraktion an die Geschäftsführung, wo diese Angaben gegebenenfalls zu finden seien, wurde mit dem Verweis auf den Gesellschaftervertrag beantwortet.



Thorben Wengert / pixelio.de

terversammlung bisher keinen Beschluss zur Veröffentlichung der Bezüge gefasst hat.

Da dies jedoch in NRW kommunalrechtlich vorgeschrieben ist, soll nun der Städteregionstag, mit dem Städteregionsrat Helmut Etschenberg als Aufsichtsratsvorsitzenden der enwor GmbH, eine Entscheidung treffen.

Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Wir folgern aus den uns vorliegenden Informationen und dieser Antwort, dass die Gesellschaf-

Kurkliniken in Bad Aachen gewollt ausgeblutet?

Gemeinsame Pressemitteilung von DIE LINKE Aachen, Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag, Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen und Andrej Hunko, MdB vom 1. Juli 2013:

Die geplante 35 Millionen Euro teure Zusammenlegung von Rheumaklinik und Schwertbad will die katholische Stiftung Marienhospital Aachen (Marienhaus Holding) offenbar auf Kosten der Beschäftigten finanzieren, empört sich Andrej Hunko, MdB, der sich mit Mitgliedern des Kreisverbands DIE LINKE Aachen vor Ort bei Beschäftigten informierte.

54 Vollzeitstellen sollen abgebaut werden und anstatt 20% Lohnerhöhungen für die schlechter be-

zahlten Kollegen_innen des Schwertbades, schlägt man den 180 Beschäftigten der geplanten Rehaklinik 20 % Lohnverzicht vor - alternativ drohe der Jobverlust, berichteten die Mitarbeiter aufgebracht.

Nachdem bereits eine Kurklinik (Goldmühlenbad) in Bad Aachen geschlossen wurde, fragen LINKE KommunalpolitikerInnen: Werden Rehabilitationseinrichtungen gewollt ausgeblutet? Rehabilitation ist Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Sie wird aus den Sozialversicherungsbeiträgen und Steuermitteln von der Gesamtbevölkerung finanziert und darf nicht Konzern-/ Profitmaßstäben untergeordnet werden. Eine Rehabilitationseinrichtung ist keine Fabrik, fasst Helga Ebel, gesund-

Dr. Klaus-Uwe Gerhardt, pixelio.de



heitspolitische Sprecherin der Fraktion im Städteregionstag, die Position DER LINKEN zusammen.

In einer Solidaritätserklärung unterstützt DIE LINKE die Forderung der Beschäftigten beider Häuser nach gerechter Entlohnung und bedarfsgerechten Arbeitsbedingungen. "Von den Rehaeinrichtungen muss der Druck genommen werden, prekäre Arbeitsverhältnisse zu schaffen, wenn Gesunder-

haltung der Bevölkerung Priorität haben soll", fordert Ellen Begolli für die Aachener Stadtratsfraktion.

Nicht zu akzeptieren ist eine Regierungspolitik, die kommunale Haushalte handlungsunfähig macht, die ohne Rücksicht auf die Folgen für

Alte, Kranke und Menschen mit Handicaps Einrichtungen des Gesundheitswesens ökonomisch stranguliert und sie damit Prinzipien von Wettbewerb und Konkurrenz unterwirft, betont zudem Hans Janosch, Sprecher des Kreisverbandes und selbst aktiver Gewerkschafter der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.



WIR



Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag erhalten. Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305



Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Um auf die katastrophale Wohnraumsituation in Aachen aufmerksam zu machen, fand am Nachmittag des 18. Mai eine Informations- und Diskussionsveranstaltung im Linken Zentrum Aachen statt. Organisiert wurde diese von linksjugend [solid] und der LINKEN.

Ein paar Stunden früher startete linksjugend [solid] die Kampagne unter dem Motto „Geld für Bildung, Wohnraum und Soziales – statt für Kaiserplatzgalerie und anderen Schwachsinn!“ mit einer Kundgebung am Elisenbrunnen.

Situation in Aachen

Bei der Veranstaltung gab LINKE-Stadtratsmitglied Andreas Müller einen kurzen Überblick über die Aachener Situation. Die Anzahl von öffentlich geförderten Mietwohnungen ist seit dem Jahr 2008 kontinuierlich zurückgegangen, die Prognosen sehen ähnlich düster aus. Aachens durchschnittlicher Mietpreis hingegen ist konstant gestiegen und lag 2011 mit 7,04€/m² deutlich über dem von NRW (5,43€/m²). Durch den doppelten Abiturjahrgang wird Aachen als „Studentenstadt“ dieses Jahr einen „Run“ auf die letzten erschwinglichen Wohnungen erleben. Die Stadt hat dem nichts entgegen zu setzen. Bis zum Semesterbeginn wird es definitiv nicht genügend Wohnraum für alle Wohnungssuchenden in Aachen geben – vor

allem keinen bezahlbaren. Während NormalverdienerInnen, StudentInnen, Erwerbslose und alle, die nicht mit übermäßigem Reichtum gesegnet sind, immer seltener Wohnungen in Innenstadtnähe zur Miete finden, werden immer mehr Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt. Das passiert derzeit beispielsweise am Wohnungsmarkt. Hintergrund davon, so Andreas Müller, ist die Krise: Verunsicherung greift um sich. Menschen mit Geld suchen nach „sicheren“ Anlagemöglichkeiten und finden sie in Immobilien. Bei dem begrenzten Platz in Aachen kann aber nicht unbegrenzt Wohnraum geschaffen werden. Deswegen müsse die Stadt intervenieren: „Wir wollen den sozial geförderten Wohnungsbau ausbauen und

nicht den Markt entscheiden lassen!“.

Wohnen ist ein Menschenrecht!

Sarah Moayerei, Mitglied der linksjugend [solid], berichtete von bundesweit ansteigenden Mietpreisen aufgrund von Spekulationen und Privatisierung von Wohnraum. In Aachen hat es in den letzten Jahren den größten Zuwachs bei Wohnungen mit einem Quadratmeterpreis ab 9€ aufwärts gegeben. Nur noch jeder dritte Wohnungssuchende kann vermittelt werden. Besonders benachteiligt sind GeringverdienerInnen, Migrantinnen und StudentInnen – eine direkte Folge der Regierungspolitik, die in letzten Jahren gefahren wurde. Mit der Durchsetzung der Agenda

2010 wurden soziale Errungenschaften systematisch ausgehöhlt und dem Niedriglohnsektor Tür und Tor geöffnet.

Für Unternehmen und private Investoren ist Miete ein Profitfaktor wie jedes mögliche zu verkaufende Produkt. „Reiche bauen für Reiche“, sagte Sarah Moayerei und erklärte, dass die Profitspanne bei günstigem Wohnraum verhältnismäßig gering ist. Dabei, betonte sie, hat jeder Mensch ein Recht auf eine Wohnung! Statt des Prestigeprojekts „Kaiserplatzgalerie“, für das tausende Quadratmeter Wohnraum vernichtet wurden, könnte dort z.B. öffentlich geförderter Wohnraum geschaffen werden.

Ein zentraler Punkt in Sarah Moayerei Referat war die Forderung nach einer „Kostenmiete“:



Dabei müssen Vermieter eine Kostenaufstellung für Bau und Unterhalt des Hauses anfertigen, die Miete muss sich daran orientieren. Das sei ein gutes Instrument, um Wohnraum der kapitalistischen Profitspekulation zu entreissen.

Sarah Moayeri forderte auch, dass AnwohnerInnen Veränderungen ihr Viertel selber bestimmen sollten. Nur so könnten Entwicklungen demokratisch, orientiert an den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen, geplant werden.

Andrej Hunko, Bundestagsmitglied für DIE LINKE, berichtete von den großen sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre.

Damals wurden bundesweit Häuser besetzt, Privatisierungen verhindert und durch starke Proteste reelle Verbesserungen erkämpft. Eine andere Teilnehmerin erklärte, dass die schlechte Situation auf der Unorganisiertheit der ArbeiterInnenklasse und dem Niedergang sozialer Bewegungen gewachsen ist. Doch bundesweit und in ganz Europa wachsen neue Bewegungen, die einen konkreten Kristallisationspunkt in Protesten gegen Zwangsräumungen finden. In Berlin mussten Gerichtsvollzieher und Polizei in mehreren Fällen wieder abziehen, weil hunderte Menschen sich in den Weg stellten.

In Spanien, wo täglich hunderte Menschen als Folge der brutalen Troika-Politik ihre Wohnung verlieren, weigerten sich Feuer-

wehrmänner Wohnungen für Räumungen aufzubrechen.

Was können wir tun?

Alle waren sich einig: Das Problem geht uns alle an! Jede und jeder von uns ist betroffen. Das wird sich noch weiter verschärfen: Durch Uni-Ausbau, die Abschaffung der Wehrpflicht und den doppelten Abiturjahrgang werden viel mehr Menschen in die Stadt strömen als ohnehin. Gerade Hartz IV-EmpfängerInnen haben bundesweit große Probleme, eine ihrem Regelsatz entsprechende Wohnung zu finden. Wenn dann die Miete nicht mehr bezahlbar ist, droht die Zwangsräumung. Das alles schreit nach entschlossener Gegenwehr. Allen Anwesenden war klar, dass dies nur

der Auftakt sein konnte zu einer Kampagne mit dem Ziel, ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dazu sollen weitere Aktionen durchgeführt werden, aber auch bestehende Initiativen vernetzt und so die Stärke gebündelt werden.

Andreas Müller sagte in seinem Schlusswort, dass die Stadt ohne entsprechenden Druck nicht handeln wird. Die Stadt als Mehrheitseigentümer der GeWoGe soll sich dafür einsetzen mehr preiswerte Wohnungen zu bauen. Investitionen im sozial geförderten Wohnungsbau wird es nur geben, wenn koordiniert im Parlament wie außerhalb Druck gemacht wird.

linksjugend [solid] aachen

Ein linker Sommerabend
 27. Juli 2013 ab 18.00 Uhr
 Welthaus Aachen, Aachen

Im Hof des Aachener Welthauses feiern wir mit allen Freundinnen und Freunden. Alle Mitglieder und SympathisantInnen sind herzlich willkommen.



Mitglied werden. Hier und jetzt!
DIE LINKE.

DIE LINKE.

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen
 Augustastraße 69, 52070 Aachen

Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen
 Augustastraße 69, 52070 Aachen
 E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
 www.dielinke-aachen.de
 Tel. 0241-9902531
 Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum
 Augustastraße 69, 52070 Aachen
 Tel. 0241-99063820
 Öffnungszeiten:
 Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen und Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften können dem Terminplaner entnommen werden unter <http://www.dielinke-aachen.de/termine>

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

Ausstieg aus Energiekosten-Spirale

Schnelle Lösungsmöglichkeiten gegen explodierende Stromkosten



Die erste Strompreiserhöhung zu Jahresanfang ist kaum verdaut. Da droht im Herbst ein erneuter Preisanstieg. Mit einer Strompreisbremse, wie sie DIE LINKE fordert, ist nicht zu rechnen, im Gegenteil. Der Präsi-

dent des Deutschen Mieterbundes, Franz Georg Rips, befürchtet einen Strom- und Energiepreisanstieg von mehr als 10 Prozent. Das belastet besonders die einkommensschwachen Haushalte, die ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können. Im Jahr 2011 wurden laut Bundesnetzagentur 312.000 Stromsperrungen verhängt, für das Jahr 2013 sind circa 500.000 Haushalte gefährdet.

Was tun um schnell gegen wuchernde Strom- und Gaskosten anzugehen?

Energieverbrauch reduzieren
Mithilfe Stromspar-Checker oder Kilowattzähler den eigenen Haushalt überprüfen und Energieschlussspechte abschalten bzw. austauschen. Es gibt in der Städteregion Aachen die Möglichkeit, kostenlos den Energiekostenverbrauch überprüfen und den Austausch gegen neue, kosten-

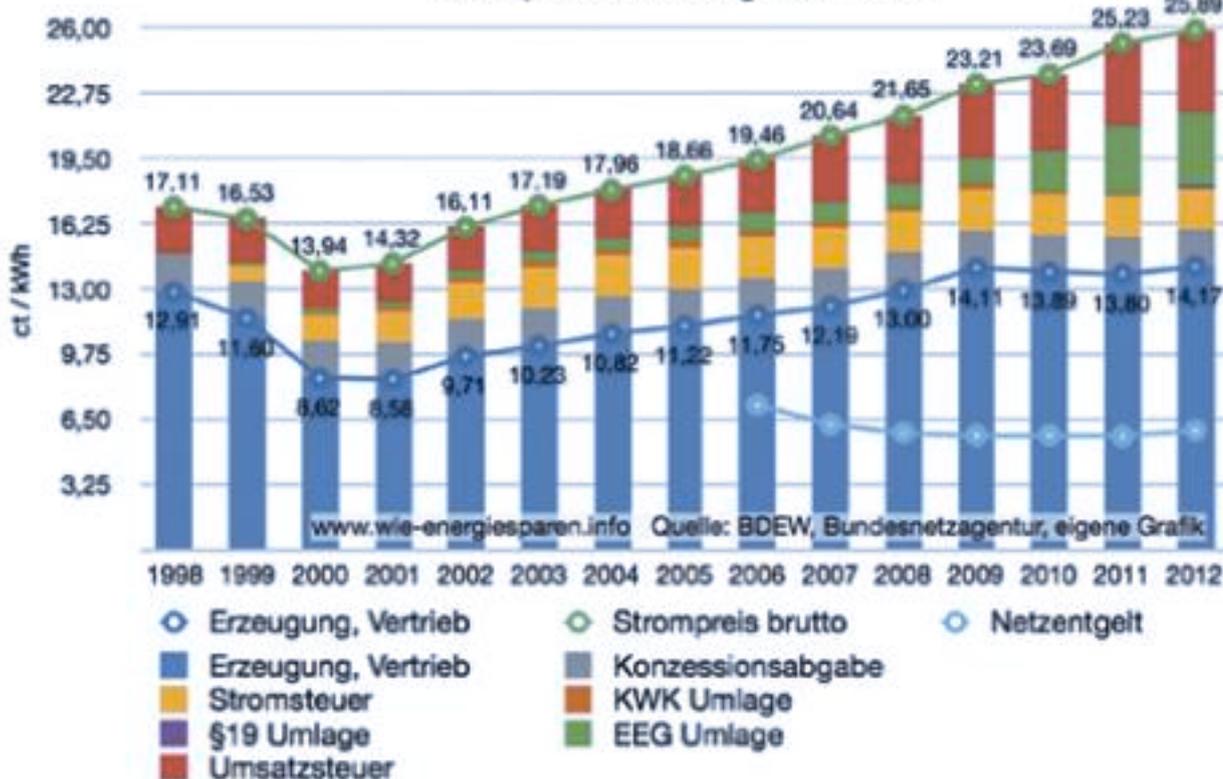
sparende Geräte vornehmen zu lassen. Man kann sich die Kilowattzähler auch beim lokalen Stromversorger ausleihen und energiehungrige Geräte aufspüren.

Strom/Gasanbieter wechseln
Preiserhöhungen berechtigen zum Wechsel des Energieversorgers, wenn innerhalb vier Wochen nach Bekanntgabe gekündigt wird. Das Sonderkündigungsrecht nach § 41 Abs. 3 Satz 2 EnWG setzt die gesetzliche Kündigungsfrist außer Kraft.

Die Anbieter sind verpflichtet, mindestens sechs Wochen vorher eine Preiserhöhung anzukündigen. Nach einem genauen Strom- oder Gasarivvergleich im Internet (z.B. Stromtipp.de, verifox.de) kann ein 1-2-Personen-Haushalt mit einem Wechsel mehrere hundert Euro Energiekosten pro Jahr sparen. Viele Stromanbieter gewähren einen Bonus von 100-150€ im ersten Vertragsjahr. Wer clever ist, begrenzt die Vertragslaufzeit auf 12 Monate und nimmt den Bonus des nächsten Versorgers mit. Wichtig ist nur, den exakten Jahresverbrauch zu wissen, um passgenau den preiswertesten Anbieter auswählen zu können.

Anja Linz,
Redakteurin WIR

Strompreisentwicklung 1998 - 2012



DIE LINKE. Eschweiler, Stolberg, Aisdorf und Baasweiler laden ein:

Rotes Sommerfest
reichhaltiges Programm
für Jung und Alt
ab 12.00 Uhr
Minigolf & Niedrigseilgarten
Kinderschminken | Bouleturnier | Kabarett
ab 18 Uhr Biergarten

4. August 2013
Grillhütte Dürwiß
Zum Blausitzsee | 52249 Eschweiler | direkt neben dem Freibad

